



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 21. Mai 2000

Hans Hirter, Wolf Linder

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Bilaterale Abkommen der Schweiz mit der Europäischen Union	1 497 192 67.2%	730 854 22.8%
Stimmbeteiligung	48.0%	



Forschungsinstitut
Büro Bern, Hirschengraben 5, 3011 Bern
Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19
gfs@gfs-be.ch

Universität Bern Institut für Politikwissenschaft
Unitobler, Lerchenweg 36, 3000 Bern 9
Telefon 031 631 83 31, Telefax 031 631 85 90

Juni 2000 · Publikation Nr. 70

Hauptergebnisse der Abstimmung vom 21. Mai 2000

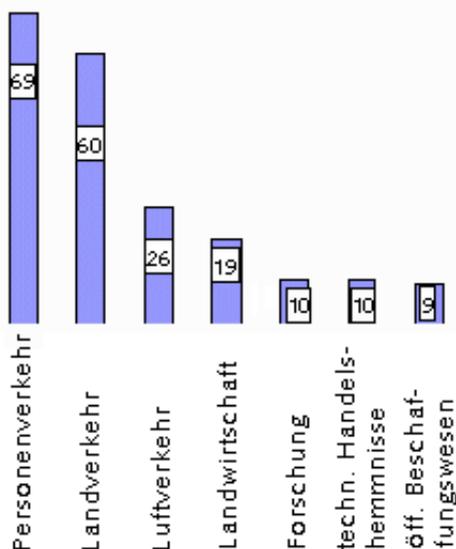
Am 21. Mai 2000 hatten die Stimmberechtigten über eine einzige Vorlage, die Genehmigung der bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union zu befinden. Bei einer überdurchschnittlich hohen Stimmbeteiligung von 48% nahmen sie die Verträge mit einer Mehrheit von 67% Ja-Stimmen an. Damit sprachen sie sich für eine gegenseitige Liberalisierung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU in sieben Politikbereichen

aus. Die zwei politisch bedeutendsten Abkommen bringen für die Schweiz eine schrittweise Einführung der Freizügigkeit im Personenverkehr und eine Aufhebung der 28-Tonnen-Limite für Lastwagen.

Die Abstimmung über die bilateralen Verträge war im Urteil der Bürgerinnen und Bürger die wichtigste seit derjenigen über den Beitritt zum EWR. Insbesondere überzeugte Anhängerinnen und Anhänger eines EU Beitritts massen ihr sowohl für das Land als Ganzes als auch für sich selbst sehr hohe Bedeutung zu. Zur überdurchschnittlich hohen Stimmbeteiligung trugen vor allem jene bei, welche zur Frage eines EU-Beitritts eine klare - positive oder negative - Meinung haben. Obwohl in der Pro-Werbung die Vorteile für Junge beim Erwerb von Ausländerführungen herausgestrichen worden sind, liessen sich diese nur schlecht zu einem Gang an die Urne bewegen.

Kenntnis Dossiers

Angaben in %

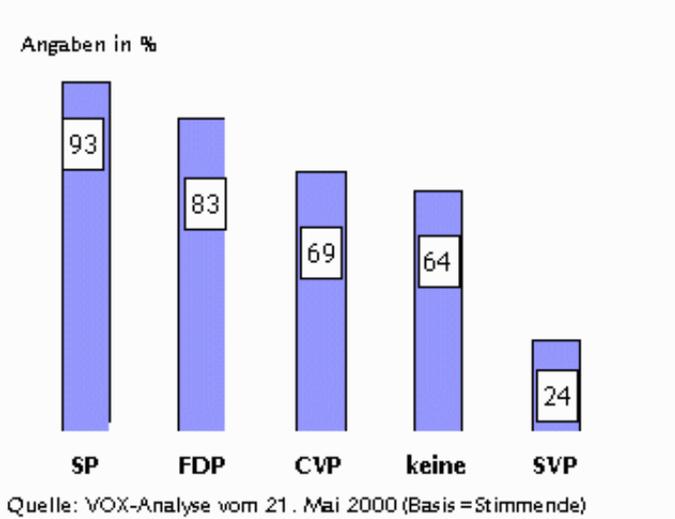


Quelle: VOX-Analyse vom 21. Mai 2000 (Basis = Stimmende)

Der Informationsstand der Stimmenden war recht gut. Praktisch alle konnten sich in der Nachbefragung noch an den Titel der Abstimmung erinnern und 35% konnten mindestens drei Dossiers aufzählen. Dabei erstaunt es nicht, dass die am heftigsten umstrittenen Verträge (Personenfreizügigkeit und Landverkehr) weitaus am häufigsten genannt wurden.

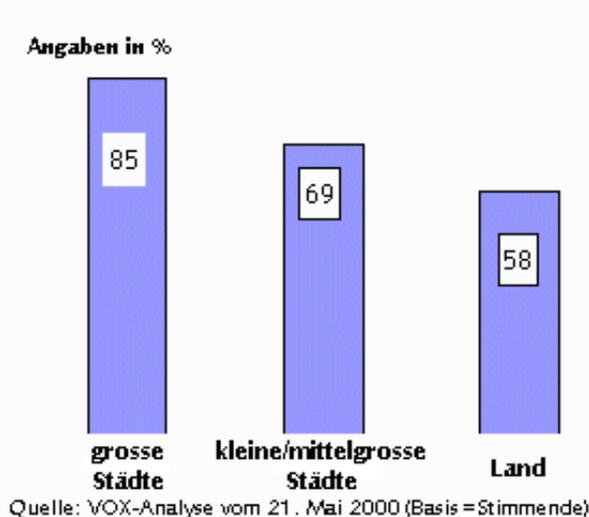
Wie noch selten zuvor waren die Meinungen bereits sehr früh gemacht. Für 60% der Stimmenden war der Entscheid, ob sie ein Ja oder ein Nein in die Urne legen wollen, spätestens sechs Wochen vor der Abstimmung klar. Der Anteil derjenigen, die sich erst während der beiden letzten Wochen vor der Abstimmung entschieden haben, war mit 22% nur etwa halb so gross wie sonst bei eidgenössischen Urnengängen. Nur sehr wenige änderten ihre Meinung zu den Verträgen im Verlauf der Kampagne und haben vom Ja-Lager ins Nein-Lager oder umgekehrt gewechselt. Bei zu Beginn des Abstimmungskampfs unentschiedenen Personen war die Kampagne für die Verträge wesentlich erfolgreicher als diejenige der Gegner.

Zustimmung zu den bilateralen Verträgen nach Partei



Im Abstimmungsprofil nach soziodemografischen Merkmalen zeigte sich das aus anderen aussenpolitischen Abstimmungen bekannte Muster: Stimmende aus der französischsprachigen Schweiz, aus den Städten und solche mit einer besseren Ausbildung legten überdurchschnittlich oft ein Ja in die Urne. Dabei fiel die Differenz zwischen der Deutschschweiz und der Romandie deutlich kleiner aus als bei der EWR-Abstimmung, während sie zwischen Stadt und Land stabil geblieben und zwischen der niedrigsten und der höchsten Bildungsstufen sogar noch grösser geworden ist. Anders als beim EWR haben aber diesmal vor allem Personen mit einer Berufslehre gestimmt. Lehnten sie den EWR noch ebenso stark ab wie Personen mit obligatorischer Schulbildung, stimmten sie nun den bilateralen Verträgen klar zu.

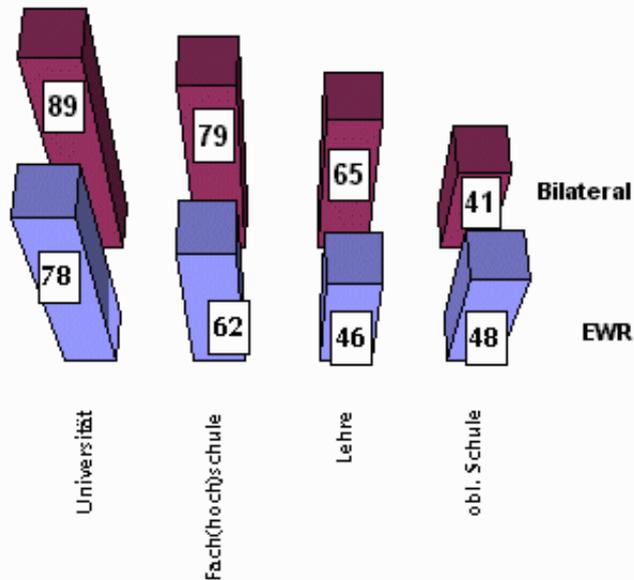
Zustimmung zu den bilateralen Verträgen nach Siedlungsart



Entscheidender als die soziodemografischen Merkmale haben sich politische Werthaltungen und Einstellungen auf den Abstimmungsentscheid ausgewirkt. Im Zentrum stand die Grundfrage nach einer Öffnung oder einer Abschottung der Schweiz. 93% der Befürworter einer Öffnung der Schweiz stimmten den Verträgen zu, bei den Anhängern einer Abschottung waren es lediglich 13%. Von grosser Bedeutung war auch die damit eng verbundene Frage nach der Einstellung zu einem EU-Beitritt. Praktisch alle Anhänger eines EU-Beitritts sprachen sich für die Verträge aus. Klar abgelehnt wurden sie hingegen von den dezidierten Gegnern eines EU-Beitritts. Anders verhielten sich die gemässigten Opponenten eines EU-Beitritts: sie stimmten den Verträgen mit einer Zweidrittel-Mehrheit zu.

Annahme des EWR/der bilateralen Verträge nach Bildung

Angaben in %



Quelle: VOX-Analysen vom 21. Mai 2000 resp. 6. Dezember 1992,
Basis = jeweils Stimmende
Bemerkung: die Kategorie "Fach(hoch)schule" ist 1992 und 2000 nicht
ganz identisch erfasst worden. Wir haben eine nachträgliche Angleichung
soweit möglich vorgenommen.

Ebenfalls deutliche Verhaltensunterschiede waren bei den Sympathisanten der vier Bundesratsparteien auszumachen. Drei von vier Sympathisanten der SVP lehnten die Verträge ab. Bei den Anhängern der drei anderen Regierungsparteien fiel die Zustimmung zu den Verträgen bei der SP und der FDP sehr deutlich aus, während bei der CVP jeder Dritte ein Nein einlegte.

Das wichtigste Motiv für die Annahme der Vorlage bestand in der Überzeugung, dass die Schweiz offen sein muss und sich gegenüber der Entwicklung in Europa nicht verschliessen darf. Praktisch ebenso oft wurden die Vorteile genannt, welche der Schweiz und ihren Bewohnern aus den Verträgen erwachsen. Das Motiv, mit einer Annahme der Verträge die EU-Beitrittsfrage vom Tisch zu haben, war für 10% der Ja-Stimmenden relevant. Die Zustimmung erfolgte in den beiden grossen Sprachregionen nicht aus den genau gleichen Gründen. In der Deutschschweiz dominierte bei den Befürwortern der Wunsch nach einer generellen Öffnung der Schweiz und die Erwartung von Vorteilen, insbesondere für die Wirtschaft. In der Romandie gaben mehr als die Hälfte an, für die Verträge gestimmt zu haben, weil sie ohnehin für einen Beitritt zur EU seien. Argumente, welche die Notwendigkeit von Verträgen mit der EU, deren Wichtigkeit für die Wirtschaft sowie die verbesserten Studien- und Berufsmöglichkeiten im Ausland betonten, fanden bei den Ja-Stimmenden besonders grossen Anklang.

Bei den Nein-Stimmenden dominierte die Furcht vor einer starken Einwanderung von Ausländern. Etwas weniger, aber immerhin noch 38% der Nein-Stimmenden begründeten ihre Ablehnung auch mit ihrer Opposition zur EU. Kontra-Argumente, welche die hohen Kosten, die zunehmende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und die Einwanderung von Ausländern zum Thema hatten, stiessen bei den Vertragsgegnern auf die grösste Zustimmung.

Im Vergleich zur EWR-Abstimmung von 1992 haben die bilateralen Verträge von der viel geringeren Mobilisierung von Personen profitiert, welche sich sonst kaum an Abstimmungen beteiligen und/oder nur ein geringes Interesse an Politik haben. Diese stimmten beim EWR überdurchschnittlich oft Nein, am Urnengang vom 21. Mai haben sie nicht teilgenommen. Dieser Effekt war allerdings für die Annahme der Verträge nicht entscheidend. Viel wichtiger war es, dass im Gegensatz zum EWR diesmal die zahlenmässig grosse Gruppe

der Stimmenden mit einer Berufslehre als höchstem Bildungsabschluss zustimmte. Bei keiner anderen Bildungsgruppe hat der Anteil der Ja-Stimmen derart zugenommen. Dieses Verhalten kann nicht mit rein wirtschaftlichen Motiven dieser Personen erklärt werden: sie begründeten ihren Entscheid ebenso oft mit dem Wunsch nach einer Öffnung der Schweiz resp. nach einem EU-Beitritt wie die übrigen Ja-Stimmenden. Ein zweiter entscheidender Grund für das gute Abschneiden der bilateralen Verträge lag im veränderten Verhalten der Gegner eines EU-Beitritts. Von ihnen stimmten 1992 bloss 28% für den EWR, jetzt aber immerhin 45% für die Verträge. Dabei stand für diese Befürworter nicht etwa das Element der Verhinderung eines EU-Beitritts im Vordergrund, sondern der Wunsch nach einer Öffnung der Schweiz und die Erwartung von wirtschaftlichen Vorteilen.

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung. Das GfS-Forschungsinstitut führte die Befragung innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 durch. Die Analyse der Daten wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (IPW) vorgenommen. Die Befragung wurde von 42 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Interviews extern und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren. Der Stichprobenumfang beträgt 1017 stimmberechtigte Personen.

[Erläuterungen des Bundesrates.](#)

[Analyse der Stimmabgabe nach Gemeinden.](#)

